



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 494

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 14. Dezember 2020, 19.00 Uhr
im KUSPO**

Anwesend	37 7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Tobias Henzen, Urs Schneider, Simone Schaub Gemeinderat: -	
Vorsitz	Urs Baumann	
Protokoll	Ulrike Schmid	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2021 – 2025	3247
2.	Gründung Zweckverband Versorgungsregion Rheintal und Genehmigung der Statuten	3248
3.	Motion, Andreas Moldovanyi, SP, zeitgemässer Nachteilsausgleich für benachteiligte Ratsmitglieder	3250
4.	Motion, Rebecca Moldovanyi, SP, Sitzgelegenheiten	3251
5.	Motion, Andreas Moldovanyi, Optimierung der Hygiene-Massnahmen während der Coronapandemie	3252

Begrüssung

Urs Baumann: Ich begrüsse Sie recht herzlich zur 494. Sitzung des Einwohnerrates, die letzte im Jahr 2020.

Präsenz

Es sind zurzeit 37 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3 Mehr 25 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Urs Baumann: Da die Einwohnerratssitzung heute wahrscheinlich länger dauern wird, werden wir eine Toilettenpause machen. Der Einwohnerrat hat eine Vorbildfunktion, deshalb bitte ich euch, nur die Toilette zu benutzen und nicht draussen zu rauchen. Ich bin selber auch Raucher und ich muss auch darauf verzichten. Dann bei der Abstimmung ist aufgefallen, dass immer wieder Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte nicht abstimmen. Wenn ihr euch enthalten wollt, drückt die Taste 3 und nicht einfach nicht abstimmen. Letzte Sitzung hat es ein paar Konfusionen gegeben betreffend der Vorstösse. Ich bitte euch, dringliche Vorstösse nicht einfach am Tag vor der Einwohnerratssitzung einzureichen. Macht dies ein wenig früher, so dass der Gemeinderat, welcher unter Umständen Antwort geben muss, aber auch die anderen Fraktionen, eine reelle Chance haben, sich mit dem Geschäft zu beschäftigen.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Interpellation, SP, Simon Käch, Bauboom und Wachstum im Eiltempo
- Interpellation, SP, Simon Käch, Sichere Radrouten
- Motion, SP, Mauro Pavan, Transparente Politik-Finanzierung

Bereinigung Geschäftsverzeichnis

Auf Wunsch von Urs Schneider gemäss E-Mail vom 9. Dezember 2020 werden die Traktanden 6 und 7 neu an der Einwohnerratssitzung vom 1. Februar 2021 traktandiert.

1. Nr. 3247

Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2021 – 2025

Urs Baumann: 3247 Aufgaben und Finanzplan AFP 2021 bis 2025. Auf dem Referentenplatz nehmen Platz: Gerold Stadler, Präsident der RPK, und Philipp Doppler, Abteilungsleiter Finanzen.

GR Christine Gogel: Beim letzten Mal hiess es, wir sollten uns wegen der Schutzmassnahmen kurz fassen. Es ist mir nicht wirklich gelungen. Ich spreche jetzt trotzdem ein paar Minuten, obwohl ich gestrichen habe. Aber ich verzichte auf lange Ausführungen zum Budget, ihr könnt das alles bestens Nachlesen im Aufgaben und Finanzplan, Seite 13 bis 16, dort stehen viele interessante Informationen und Beurteilungen. Nicht unterlassen möchte ich auch ein Dank wie alle Jahre an das Finanzteam unter der Leitung von Philipp Doppler und an Sandra Meier für die Erstellung des Aufgaben und Finanzplan. Der RPK möchte ich für ihren Bericht danken, es sind viele Fragen eingegangen aus den Sitzungen und diese konnten beantwortet werden. In ihren Anträgen folgt die RPK den Empfehlungen des Gemeinderates. Was für uns heute Abend sicherlich von Interesse ist, ist wie wir in diesem aussergewöhnlichen Jahr an die Planung gegangen sind. Was wir berücksichtigt haben oder eben nicht. Im Sommer bekommen wir jeweils den Budgetbrief vom Kanton, darin sind ganz viele Parameter erläutert, welche man in die Budgetierung einfliessen lassen sollte. Das sind unter anderem Einschätzungen vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) und bak basel. Wir haben volkswirtschaftliche Kennzahlen, wir haben die Steuerertragsprognose. Und dieses Jahr hatten wir auch eine Studie von SKOS. Das ist die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, welche im Zusammenhang mit Corona versucht hatte herauszufinden, mit was für einer Steigerung an Fällen wir im 2021 rechnen müssen. Das alles haben wir zusammengezogen und auch mit Informationen, welche wir innerhalb von unserer Gemeinde hatten und somit ist das Budget entstanden. Wir stecken in einer instabilen Situation und stehen vor einer unsicheren Zukunft. Wir wissen alle nicht wohin das noch führt und mit was wir noch konfrontiert werden in der Zukunft. Das hat die Budgetierung dieses Jahr noch schwieriger gemacht. Auch sind die Aussagen zum Teil widersprüchlich. Einerseits wird düster ausgemalt, dass es viele Konkurse und Arbeitslose geben wird. Andererseits wird je nach Quelle für 2021 bereits schon wieder von einem Wachstum gesprochen. Viele reden von einer Rezession, dann kaufen die

Leute nichts mehr ein. Es wird allgemein zurückgefahren. Darum plädiere ich heute Abend noch verstärkt, nicht mehr auszugeben als zur Verfügung steht. Die Budgetierung 2021 ist mit Vorsicht und Zurückhaltung anzugehen. Notwendiges ist aber umzusetzen, aber wir müssen abwarten, was sich alles entwickelt, bevor wir wieder eine Vorwärtsstrategie fahren. Wir müssen unser Verhalten den neueren Realitäten anpassen. Es herrschen momentan zu viele Ungewissheiten. Wir wissen einfach nicht, wohin das führt. Erholt sich die Wirtschaft schnell oder nicht. Noch kurz zum Inhalt des AFP, was die linke Seite im Heft anbelangt. Diese gibt immer wieder zu Diskussionen Anlass. Es wird gesagt, der Gemeinderat streiche zu viel und einfach raus, was er gar nicht dürfte. Der Gemeinderat überlegt während der Budgetsitzung jedes Ziel und den Plan dazu. Sind wir der Meinung, es ist erledigt, dann streichen wir es. Ein Beispiel beim Aufgabenfeld 15 Wasserversorgung: Dort steht im Plan, Übernahme des Piktetts- und weiteren Dienstleistungen für die Gemeinde Augst. Das ist umgesetzt, also haben wir es gestrichen. Jetzt kann es aber einmal passieren, wie zum Beispiel beim Ersatz vom Piratenschiff, dass wir im September an der Budgetsitzung schon weit vorgeschritten sind in der Umsetzung und sagen jawohl, diesen Plan können wir streichen. Das kommt gut, bis Ende Jahr haben wir den Ersatz des Spielplatzes. Bis im Dezember ist das erledigt, also kippen wir es raus. Dann kommen aber irgendwelche Verzögerungen und der Ersatz-Spielplatz wird doch nicht in diesem Jahr abgeschlossen, sondern nach neuem Planungsstand erst im kommenden Februar. Da waren wir wohl zu optimistisch. Dann gibt es noch einen dritten Fall: Wir nehmen Änderungen vor und sie werden vergessen zu übertragen in den AFP. Also ein reiner Eingabefehler. Das ist leider so geschehen beim Aufgabenfeld 23. Ihr seht in der Synopse noch, was vorgesehen war. Leider ist es nicht in den AFP eingeflossen. Das müssen wir noch korrigieren. Oder ganz wichtig beim Grün- und Freiraumkonzept. Der Einwohnerrat hat das STEK im Mai abgelehnt. Darin wäre auch das Grün- und Freiraumkonzept vorgesehen gewesen. Damit das nicht auch unter die Räder kommt, haben wir einen entsprechenden Budgetbetrag eingestellt. Aber wir haben nicht daran gedacht, das als Text im Aufgabenfeld bei Projekt oder Plan aufzunehmen. In der Lesung können wir das dann noch genauer anschauen. Das Jahr verläuft dynamisch. Wir bilden das ab, wie sich die Geschäfte dem Gemeinderat präsentieren. Genehmigen werdet ihr heute. Trotz aller Widrigkeiten ist der Gemeinderat froh, euch heute Abend einen Aufgaben- und Finanzplan zu präsentieren, welcher vom Ergebnis her in diesen schwierigen Zeiten zu verantworten ist. Wir bitten euch, auf das Globalbudget einzutreten und unsere Anträge zu genehmigen.

Gerold Stadler: Als erstes möchte ich auch ganz herzlich danken für den AFP und die Arbeit, welche die Abteilung Finanzen und alle Gemeinderäte und ihre Departemente geleistet haben, um ein möglichst ausgeglichenes Budget für das Jahr 2021 zu machen. Wir als RPK haben das Budget geprüft, das Detailbudget und auch den AFP. Wir haben das, wie ihr lesen könnt, das erste Mal digital bekommen und nicht mehr im Ordner. Das war eine Umstellung und ich glaube, das hat ganz gut geklappt. Ich möchte doch zwei, drei Sachen erwähnen. Das eine, welches uns noch wichtig erscheint, ist im AFP in den Bereichen, welche wir als Einwohnerräte ändern können, in grau hinterlegten Bereichen, haben wir Ziel und rechts Plan. Dort haben wir als RPK den Eindruck, dass da im Bereich Plan zu häufig nicht wirklich konkrete Massnahmen stehen. Also man setzt sich ein Ziel, will etwas erreichen, was gut ist und wichtig. Entsprechend müsste auch die Massnahme stehen beim Plan, was mache ich, um dieses Ziel zu erreichen. Da sind wir der Meinung, dass die Gemeinde zu wenig konkret ist. Wir fordern in unserem Bericht, dass die Gemeinde da auf den nächsten AFP nachbessert. Versucht konkretere Massnahmen hin zu schreiben, welche wir dann überprüfen können, ob das auch gemacht worden ist. Wir sprechen Geld für etwas und das Geld muss in konkreten Massnahmen abgebildet sein. Das Ziel zu erreichen ist gut und wichtig, aber wie will die Gemeinde dieses Ziel erreichen? Das möchten wir gerne sehen. Ich glaube, das ist etwas, was wir so besprochen haben. Im aktuellen AFP seht ihr hat es keine Kennzahlen mehr. Da hat es auch eine Diskussion darüber gegeben, wollen wir das, ist das nicht wichtig. Wir haben die Antwort erhalten, dass das eigentlich die Kennzahlen sind, welche im Geschäftsbericht stehen und wir können uns damit einverstanden erklären, dass man die nicht nochmals abdrucken muss, insofern sich da nichts geändert hat. Der AFP schaut vorwärts, Kennzahlen sind etwas, wo rückwärts angeschaut wird oder der aktuelle Zustand. Wir fordern allerdings Kennzahlen, als Beispiel Schülerzahlen, welche prognostiziert sind, damit wir den Budgetposten, zum Beispiel der Schule, auch ganz gut anschauen können.

Das sind unsere wichtigsten Forderungen. Zum Rest habe ich nichts Spezielles zu sagen. Wir sind soweit einverstanden mit dem Gemeinderat und beantragen den eigentlichen AFP mit allen Beschlüssen zu genehmigen. Am Schluss seht ihr noch, wir haben ja eine neue Legislatur, wir haben uns in Subkommissionen neu konstituiert. Das seht ihr am Schluss des Berichts.

Benedikt Schmidt: Auch wir von der Fraktion der Unabhängigen und Grünen danken dem Gemeinderat und auch der Verwaltung und auch der Rechnungsprüfungskommission für ihre Arbeit, welche sie hier geleistet haben. Danke auch an Christine Gogel für ihre Erläuterungen, welche sie vorher noch gegeben hat. Aber wir sind trotzdem für eine Rückweisung des AFP. Die Begründung ist wie folgt: Vor wenigen Monaten hat die Entwicklungskommission hier Bericht erstattet, wie der AFP funktioniert hat in den letzten 4 Jahren. Sie hat auch ganz konkrete Vorschläge gemacht, wie der AFP verbessert werden sollte. Und wenn man den AFP heute anschaut, stellt man fest, der Gemeinderat hat keinen einzigen von den Vorschlägen der Entwicklungskommission übernommen. Konkret hat die Entwicklungskommission gefunden, der Gemeinderat soll seine Änderungen im AFP begründen. Wenn ich als Einwohnerrat eine Änderung machen will, muss ich sie auch begründen und ich muss einen Antrag stellen. Die Begründung fehlt, aber wir haben vorhin gehört, es gebe die Begründungen ja eigentlich. Es wäre keine grosse Arbeit oder vielleicht doch, ich weiss es nicht, die Begründungen zusammenzustellen, dann wüssten wir nämlich, warum es diese Änderungen gibt im Aufgaben- und Finanzplan. Gleichzeitig hat die Entwicklungskommission auch vorgeschlagen, dass der Gemeinderat die Änderungen ebenso beantragen sollte, genauso wie es ein Einwohnerrat auch machen müsste. Das hätte nämlich auch zur Folge, dass man auch etwas mehr weiss, was passiert und es würde auch ein bisschen Stabilität in diesen Aufgaben- und Finanzplan hineinbringen. Dann das Dritte, was die Entwicklungskommission vorgeschlagen hat, ist, dass man auch die Zielerreichung darstellt mit einem ganz einfachen Ampelsystem, weil man nämlich jetzt an der Sitzung darüber entscheiden und sehen kann, wie weit die Ziele sind, wie weit Ziele erreicht sind und ob man allenfalls noch steuernd eingreifen muss als Einwohnerrat. Ob man Ziele ändern oder ob mehr oder weniger Geld sprechen muss für die einzelnen Aufgabenfelder. Wir möchten eigentlich, dass der Gemeinderat die Informationen noch nachliefert. Das würde bedeuten, dass man den AFP erst nächstes Jahr am 1. Februar, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, beschliessen kann. Das heisst, wir hätten Ende Jahr kein Budget. Die Frage ist, ist es ein Drama, wenn wir heute kein Budget beschliessen. Es ist so, wir hatten vor ein paar Jahren schon einmal die Situation, dass am Ende der Budgetsitzung das Budget abgelehnt worden ist. Und zwar ist es abgelehnt worden von den bürgerlichen Parteien, weil es keine Steuersenkung gegeben hat. Und die Konsequenz daraus ist einfach gewesen, es haben sich ein paar Leute geärgert, vor allem ein Gemeinderat, und wir haben das Budget einfach einen Monat später beschlossen. Es ist also nicht so, dass Pratteln untergeht, wenn man das Budget verschiebt oder den AFP verschiebt um einen Monat sondern es würde ganz einfach weitergehen und wir hätten einen viel transparenteren Prozess, was eben genau abläuft in Pratteln und für was wir das Geld genau ausgeben. Aufgrund dessen stellen wir den Antrag auf Rückweisung.

Antrag von Benedikt Schmidt

Dieter Stohler: Die FDP-Fraktion ist selbstverständlich für Eintreten und das heisst ich rede jetzt zum Rückweisungsantrag und möchte Sie bitten, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Er irritiert mich eigentlich in drei Richtungen. Erstens wenn man, nach meinem Verständnis, beim AFP mit dem Text nicht einverstanden ist, mit dem wo heisst Beschluss, dann kann man das mit Abänderungsanträgen, zu welchen wir vielleicht nachher kommen, korrigieren. Also, der Einwohnerrat hat sein Mitspracherecht und das ist auf diese Art wahrzunehmen. Zweitens: Die Unabhängigen und Grünen stellen meines Erachtens dem RPK-Präsidium, im RPK-Bericht findet sich nicht ein Wort, welches diese Rückweisung irgendwie begünstigen oder begründen könnte. Also, ich frage mich, ob ihr miteinander redet innerhalb der Fraktion. Zudem hat die RPK, wir haben es gehört und gelesen, zig Fragen an den Gemeinderat gerichtet und ich darf davon ausgehen, dass alle brennenden Fragen in der RPK, behandelt und auch besprochen worden sind. Drittens: Jetzt mache ich eine kleine Brücke, lieber Beni. Es geht sicher darum, ein System zu optimieren. Man kann sicher darüber diskutieren, ob man jetzt ein anderes System braucht oder nicht. Aber erstens halte ich fest, dass die Ent-

wicklungskommission nicht die vorgesetzte Behörde des Gemeinderates oder verbindlich für den AFP ist. Wenn ich im Einwohnerratsreglement lese, was die Aufgaben von der Entwicklungskommission sind, dann sind neben der Überprüfung "Pratteln in 10 Jahren", sind die Überprüfung der Legislaturziele im zweiten und dem vierten Jahr der Legislaturperiode. Wenn ich richtig rechne, dann haben wir jetzt das erste Jahr. Ich weiss nicht, wieso die EK dazukommt, hier eine verbindliche Vorgabe machen zu wollen. Selbstverständlich informell kann man sich darüber einigen, und da lade ich dich ein, vielleicht bei einem Kaffee oder wo auch immer, oder über Änderungen des Einwohnerratsreglement das zu optimieren, ein Verfahren zu beschreiben und nicht einfach erwarten, wir haben es irgendwo in einer Kommission an einer Sitzung behandelt und dann erwarten der Gemeinderat würde es machen. Das ist nicht mein Verständnis von den rechtlichen Grundlagen. Ich sehe selber auch noch einige Optimierungsmöglichkeiten vom AFP und Geschäftsbericht. So braucht es insbesondere, das wäre meine Mängelliste, eine stärkere Zusammenarbeit zwischen RPK und GPK. Letztendlich kommt für mich sogar auch eine Zusammenlegung der beiden Kommissionen in Frage, die man auch in anderen Gemeinden des Baselbiets hat. Also ich bitte euch, den Rückweisungsantrag abzulehnen und damit einzutreten auf den AFP.

Antrag auf Rückweisung von Benedikt Schmidt:

Abstimmung zur Rückweisung

://: Der Antrag zur Rückweisung wird mit 28 Nein- zu 7 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Das Eintreten ist unbestritten und es folgt die Lesung.

Lesung Aufgaben- und Finanzplan 2021-2025

Gelesen werden nur die Aufgabenfelder

01 Politische Behörden

02 Allgemeine Verwaltung

03 Polizei

04 Feuerwehr und die Bevölkerungsschutz

05 Schulen

06 Familienergänzende Angebote: Keine Wortmeldungen

07 Kultur, Sport und Freizeit

Benedikt Schmidt: Ihr habt zu diesem Aufgabenfeld einen Antrag, nämlich dieses Aufgabenfeld hat bisher umfasst: Ersatz für das Piratenschiff.

Und die Gestaltung von diesem neuen Spielplatz der Schlossstrasse. Es ist vorher gesagt worden, das ist zu früh aus dem AFP gestrichen worden. Diese Aufgabe ist noch nicht erledigt.

Wir stellen also den Antrag, dass man diese Aufgabe wieder hineinnimmt und sie erst dann streicht aus dem AFP, wenn die Aufgabe effektiv erledigt ist. Das heisst, wir möchten im Aufgabenfeld 7 den Plan ergänzen mit folgender Aussage: Neubau Spielplatz Schlossstrasse (Ersatz Piratenschiff). Dann können wir das machen, was projiziert ist. Es ist nicht sinnvoll, dass man eine Aufgabe streicht, bevor man sie erledigt hat und es wäre von dem her die korrekte Vorgehensweise, das so zu machen.

Antrag von Benedikt Schmidt

GR Urs Hess: Der Spielplatz ist soweit eigentlich bereit, dass man mit bauen anfangen kann, aber er ist noch nicht gebaut und von dem her kann ich problemlos damit Leben. Aber ihr könnt schon direkt einschreiben: am 8. Mai ist die Eröffnung von diesem Platz.

Auf Antrag der Fraktion der U/G, Benedikt Schmidt, Neubau Spielplatz Schlossstrasse (Ersatz Piratenschiff) in Plan ergänzen

://: Der Antrag wird mit 29 Ja- zu 7 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Fortsetzung der Lesung

08 MMN

09 Gesundheit und Alter

10 Gesetzliche Sozialhilfe und Arbeitsintegration

11 Soziale Unterstützung

12 Asylwesen

13 Kindes- und Erwachsenenschutz

14 Verkehr und öffentliche Anlagen

15 Wasserversorgung

16 Abwasserbeseitigung

17 Abfallbewirtschaftung

18 Landschaftspflege, Umweltschutz und Energie: Keine Wortmeldungen

19 Räumliche Entwicklung und Baugesuche

Petra Ramseier: Ich wollte nur schnell nachfragen, hier würdet ihr das Grün- und Freiraumkonzept wieder reinnehmen oder wo wird das sonst reinkommen?

GP Stephan Burgunder: Der Gemeinderat würde es begrüßen, wenn jemand den Antrag stellen würde, dass man hier Analyse Stadtklima und Grün- und Freiraumkonzept hineinnehmen würde. Das haben wir auch so im Budget, aber nicht im Text drin.

Petra Ramseier: Ja, ich stelle diesen Antrag gerne. Hast du ihn schriftlich, damit ich ihn einreichen könnte, das wäre perfekt. Also ich würde in diesem Fall den Antrag stellen, was hast du gesagt, etwas übers Klima plus das Grün- und Freiraumkonzept wieder dort aufzunehmen.
Antrag von Petra Ramseier

Auf Antrag der Fraktion der U/G, Petra Ramseier, Analyse Stadtklima & Grün & Freiraumkonzept soll im AFP aufgenommen werden.

://: Der Antrag wird mit 34 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Fortsetzung der Lesung

20 Wirtschaft: Keine Wortmeldungen

21 Steuern

Paul Dalcher: Ich habe es gut angeschaut in diesem Bereich der Steuern und habe dann aber auch noch die Erfolgsrechnung gegenübergestellt. Dabei bekomme ich einfach Zahlen, welche von mir aus gesehen sehr alarmierend sind. Denn wenn man gemäss Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung zusammenzählt, haben wir CHF 56 Mio. Ausgaben und das macht, das habe ich umgerechnet, pro Einwohner in Pratteln, wir haben ca. CHF 16'800, das macht einen Aufwand von CHF 3'150, also jeder Einwohner vom Baby bis zum Greis kostet CHF 3'150. Dann, daneben Arbeitsplatz und juristische Personen. Auch hier habe ich ausgerechnet pro Arbeitsplatz und ich bin davon ausgegangen von CHF 14'500. Kosten pro Arbeitsplatz umgerechnet CHF 252. Dem gegenüber stelle ich die Steuererträge der natürlichen Personen. Da komme ich auf CHF 1'830 von natürlichen Personen und CHF 1'110 pro Arbeitsplatz. Jetzt wenn man die Rentabilität anschaut, ist es so, dass wir pro Einwohner einen Verlust von CHF 1'320 tragen müssen. CHF 1'320 pro Einwohner und der Arbeitsplatz bringt uns CHF 858 in die Kasse. Eine kleine erste Konklusion: Mehr Einwohner in Pratteln verschärfen die Situation. Der Ausgabenüberschuss steigt weiter an. Auch die Forderung nach mehr bezahlbarem Wohnraum, ist nicht mehr zu verantworten. Der Zuwachs an Einwohner kostet mehr Arbeitsplätze, würden etwas in die Gemeindekasse bringen. Wir müssen

diese Entwicklung genau verfolgen, was machen und ob wir Platz machen für mehr Wohnraum oder ob wir intensivere Anstrengungen unternehmen müssen, für gewerblich genutzte Gebiete in Pratteln, welche Arbeitsplätze bringen, welche auch der Kasse etwas bringen. Das ist schon mal das erste Konklusium.

Mauro Pavan: Ich weiss zwar nicht genau was Paul Dalcher mit diesen Worten sagen wollte, aber ich hoffe schwer, dass wir nicht irgendwie Babies und die Leute im Altersheim, in Bezug auf die Rentabilität, mit der IKEA vergleichen wollen. Das finde ich dann doch irgendwie ein bisschen schräg.

Fortsetzung der Lesung

22 Finanz- und Lastenausgleich

23 Vermögens- und Schuldenverwaltung: Keine Wortmeldungen

GR Christine Gogel: Ich möchte jetzt darauf hinweisen, was ich vorhin eingangs erwähnt habe, im AF 23, wo der Übertragungsfehler beim Einpflegen der Daten passiert ist. Ihr müsst jetzt noch die Synopse zur Hand nehmen vom AF 23. Und eben die linke Seite, hier geht es um ein graues Feld und das beschliesst der Einwohner auch so und wenn ihr es jetzt so beschliesst, wie es dasteht. Nur mit diesen zwei Strichen, welche auch nicht einmal passen zu links, diese müssten dann nämlich ganz unten stehen zu den letzten zwei Zielen von links. Dann fehlen eigentlich die zwei Sätze, welche wir in der Synopse vorgesehen haben. Diese würden dann passen zum ersten Strich/Ziel, das Liquiditätsmanagement ist Kosten-Ertragseffizient. Dann hatten wir den Plan, das rechts zu schreiben als Plan kontinuierliche Optimierung der Kontosaldi. Und dann beim Strich zu den gemeindeeigenen Liegenschaften wäre rechts vorgesehen gewesen, ihr seht das bei der Synopse, Erträge sind höher als die Kosten. Und jetzt wäre einfach die Frage, weil ihr das quasi so beschliessen müsst, ob jemand das als Antrag hier vorne kundtun soll, dass ihr die zwei Striche gerne so drinhaben wollt oder wie wir jetzt weiter vorgehen sollen. Man hat mir gesagt, der Gemeinderat kann heute Abend keine Anträge machen. Wenn ich das kann, ist das einer.

Antrag von Christine Gogel

Dieter Stohler: Es hat sich gezeigt, durch die Erläuterungen vom Gemeinderat, es sind doch ein paar Fehler passiert und ich hoffe, dass auch in den nächsten Jahren die Fehlerquote oder die Pendenzenquote oder die Sachen, die man noch hineinschreiben wollte, reduziert werden können. Aber ich bin nicht deswegen nach vorne gekommen, sondern eher wegen dem Gegenteil. Die Synopse hat uns viel gedient im Schnelllesen und gibt einen guten Überblick. Ich weiss, es ist ein zusätzlicher Aufwand, ich nehme an von Philippe Doppler und Co., und ganz herzlichen Dank dafür. Das ist sehr wertvoll. Wenn ich dem Gemeinderat einen Dienst erweisen kann, bin ich gerne bereit, den Antrag zu stellen, so wie das gewünscht ist. Ich weiss selber nicht genau, um was es geht, wir haben uns nicht abgesprochen. Aber wenn es der Klarheit dient, dann werde ich diesen gerne so stellen. Wenn ich gerade am Reden bin, erlauben Sie mir Herr Präsident, noch eine persönliche Anmerkung zu machen. Ich hätte es gerne beim Eintretensvotum gehabt, aber dort haben wir uns ja gestritten über einen Nichteintretens-Antrag. Ich möchte einfach ganz kurz sagen, als ich zum letzten Mal ein Budget da vorne vertreten durfte, das war vor 9 Jahren. Dort hat es Bücher gegeben, grüne oder gelbe, ich weiss nicht mehr genau, riesen Bücher mit tausenden von Zahlen drin. Eben das waren die altrechtlichen Budgets. In der Zwischenzeit hat man das System geändert und das was wir jetzt vor uns haben, diesen AFP, ist doch aus meiner Sicht viel wertvoller. Es ist kein Zahlenfriedhof, sondern es ist beschrieben, mit welchen Wirkungen, mit welchen Mitteln man welche Wirkungen erzielen möchte und damit tun wir uns, und das ist erfreulich heute Abend, eben nicht wie früher, die anderen wissen das gar nicht, streiten, wie viele blaue und rote Kugelschreiber die Verwaltung benützen darf. Als einer von den damals treibenden Kräfte für eine Globalbudgetierung möchte ich einfach die Gelegenheit benützen, in zwei Minuten allen zu danken, welche diesen Fortschritt der Gemeinde Pratteln ermöglicht haben, was zwar nicht ganz neu ist, aber für mich als neu alter Einwohnerrat ist es zum ersten Mal wirklich lebbar mit dem AFP. Da ist viel Arbeit geleistet worden, ganz herzlichen Dank.

Mauro Pavan: Um das noch schnell geklärt zu haben: Selbstverständlich darf der Gemeinderat Anträge stellen. Damit wir diese Diskussion jetzt nicht noch ein paar Mal führen müssen heute, steht das unter anderem im Geschäftsreglement des Einwohnerrates unter 1.6.3 und stützt sich sogar auf das Gemeindegesetz. Das heisst, wir könnten das wahrscheinlich nicht einmal aus unserem eigenen Geschäftsreglement rausstreichen, wenn wir würden wollen. Ich kann mich selbstverständlich dem Antrag von GR Christine Gogel oder Fundierter anschliessen. Das kommt nicht so darauf an.

Ziele (Beschluss)

- a – Das Liquiditätsmanagement ist kosten- und ertragseffizient
- b – Die gemeindeeigenen Liegenschaften des Finanzvermögens sind renditeorientiert bewirtschaftet
- c – In der Regel kein Verkauf von gemeindeeigenen Parzellen
- d – Die Konzessionsverträge sind laufend überprüft

Plan (Beschluss)

- a – Kontinuierliche Optimierung der Kontosaldi
- b – Erträge sind höher als die Kosten
- c – Wenn sinnvoll, werden Parzellen im Baurecht abgegeben
- d – Jährliche Überprüfung

://: Die Sätze a und b im Plan ergänzen: werden mit 34 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltung angenommen.

Schlussabstimmung

1. Genehmigung Investitionsrechnung 2021

://: Die Investitionsrechnung wird mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

2. Festsetzung der Steuersätze für das Jahr 2021

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: 2.1 Die Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen wird auf 58.5 % des Staatssteuerbetrages festgesetzt (unverändert).

://: 2.2 Die Ertragssteuer für juristische Personen wird auf 4.95 % des steuerbaren Ertrages festgesetzt (unverändert)

3. Feuerwehrpflichtersatz

Der Rat beschliesst einstimmig bei 1 Enthaltung:

://: Die Feuerwehrpflichtersatzabgabe beträgt 10 % des Gemeindesteuerbetrages, mindestens aber CHF 60.00 (unverändert).

4. Wasserbezugsgebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Auf den Wasserbezugsgebühren wird ein Rabatt von 20 % gewährt (unverändert).

5. Abwassergebühren

Der Rat beschliesst einstimmig bei 1 Enthaltung

://: Auf den Abwassergebühren wird ein Rabatt von 20 % gewährt (neu).

6. Festsetzung Hauskehricht-, Sperrgut-, Container- und Grüngutgebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Gebühren werden wie folgt festgelegt:

Gebührensäcke, Sperrgutmarken und Containergebühren (inkl. MwSt. 7.7 %) unverändert.

a) Gebührensäcke nach Volumen

17 Liter, maximal 3 kg	CHF	0.80
35 Liter, maximal 6 kg	CHF	1.60
60 Liter, maximal 12 kg	CHF	3.20
110 Liter, maximal 18 kg	CHF	4.80

b) Gebührenmarken für Kleinsperrgut und Grobsperrgut als Einzelstücke oder verschnürte Bündel nach Gewicht (Kleinsperrgut bis 50 x 50 x 100 cm pro Stück, grösser gilt als Grobsperrgut)

pro 6 kg 1 Gebührenmarke	CHF	1.60
--------------------------	-----	------

c) Container für Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe nach Leerungen und Gewicht

pro Leerung	CHF	10.00
pro Kilogramm	CHF	0.216

d) Häckseldienst

Grundgebühr bis 5 Minuten	CHF	25.00
Grundgebühr bis 10 Minuten	CHF	50.00
ab 11. Minute (pro Minute)	CHF	4.00

e) Container für Grüngut

bis 140 Liter-Container	CHF	76.00
bis 240 Liter-Container	CHF	146.00
bis 770 Liter-Container	CHF	446.00

7. Teuerungsausgleich

Der Rat beschliesst mit 35 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung:

://: Es wird keine Teuerungszulage gewährt.

8. Genehmigung Budget 2021

Der Rat beschliesst mit 35 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung:

://: Das Budget für das Jahr 2021 wird mit einem Aufwandüberschuss von CHF 799'400 genehmigt.

9. Kenntnisnahme Finanzpläne

Die im Aufgaben- und Finanzplan 2021 – 2025 integrierten Finanzpläne werden mit 33 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen zur Kenntnis genommen.

Gerold Stadler: Zur Zusammenarbeit der GPK und RPK sage ich kurz etwas, bevor ich mich als RPK-Präsident bis nächsten Frühling verabschiede. Wir hatten bereits eine Sitzung, Urs Schneider und ich, wir sind auch der Meinung, dass es wichtig ist, dass GPK und RPK zusammenarbeiten in gewissen Bereichen. Wir hatten zusammen mit dem Gemeindeverwalter Beat Thommen und Philippe Doppler eine Sitzung und haben die weitere Zusammenarbeit besprochen, wie das aussehen könnte. Was wir nicht sehen, ist der Zusammenschluss von GPK und RPK. Ich denke, da ist die Gemeinde Pratteln zu gross. Das würde eine zu grosse Geschichte werden, welche sich dann doch wieder aufteilen müsste. Da würde ich mich als Präsident der RPK vehement dagegen aussprechen. Aber wir sehen, diese Zusammenarbeit ist richtig, vor allem auch auf das was im Frühling kommt, wenn wir den Geschäftsbericht des Jahres 2020 anschauen werden. Dann möchte ich mich nochmals ganz herzlich bedanken bei allen Beteiligten bei den Finanzplänen und am Bericht.

2. Nr. 3248

Gründung Zweckverband Versorgungsregion Rheintal und Genehmigung der Statuten

GR Marcial Darnuzer: Zusammenfassend möchte ich folgende Punkte noch einmal erwähnen: Seit dem 1. Januar 2018 ist das kantonale Altersbetreuungs- und Pflegegesetz, sogenannte APG, in Kraft. Das Ziel des Gesetzes ist, eine bedarfsgerechte, qualitativ gute und aber auch wirtschaftliche Pflege aller Altersstufen sowie die Betreuung von älteren und betagten Personen bestmöglich sicherzustellen. Um diese Ziele erreichen zu können, verlangt das Gesetz auf Gemeindeebene sich zusammenzuschliessen und die Versorgungsregionen zu bilden. Die Gemeinderäte aus den Gemeinden Augst, Birsfelden, Giebenach, MuttENZ und Pratteln haben sich entschlossen, gemeinsam die Versorgungsregion Rheintal zu gründen. Die Region umfasst rund 47'000 Einwohnerinnen und Einwohner. Mit dieser Grösse ist es ideal, verschiedene Betreuungs- und Pflegeangebote gemeinsam zu planen. Kurz noch zur Begründung, wie es zum Zweckverband gekommen ist: Der Zweckverband ist eine eigene Rechtspersönlichkeit und hat somit eigenes Vermögen und Eigentum. Im Gemeindegesetz ist der Zweckverband klar geregelt. Ein Zweckverband wird auf Dauer ausgerichtet. Wir in Pratteln kennen diese Form der Zusammenarbeit bereits bestens. Zudem empfiehlt auch der Kanton die Gründung von einem Zweckverband. Auch der Rechtsdienst der Gemeinde Pratteln hat uns ein Konstrukt mit eigener Rechtspersönlichkeit empfohlen. Aufgrund all jener und auch bereits in dieser Vorlage erwähnten Abklärungen und Überlegungen, haben sich die Gemeinderäte der fünf Gemeinden Augst, Giebenach, Birsfelden, MuttENZ und eben Pratteln entschieden, den Zweckverband zu gründen. Auch die vorliegenden Statuten zum Zweckverband sind von allen Gemeinderäten zu Händen der Gemeindeversammlungen und des Einwohnerrates verabschiedet worden. Die kantonale Finanz- und Kirchendirektion hat die Genehmigung der Statuten durch den Regierungsrat bereits in Aussicht gestellt. Noch etwas zur Informations- und Beratungsstelle: Die Informations- und Beratungsstelle, so wie wir sie in Pratteln bereits kennen und wie sie von den Einwohnerinnen und Einwohner geschätzt und rege genutzt wird, wird durch den Zweckverband ausgebaut und gestärkt. Neu sollen die Gemeinden MuttENZ und Birsfelden auch solche Informations- und Beratungsstellen erhalten. Zum Schluss kann ich euch mitteilen, dass die Gemeindeversammlungen in Augst und Gie-

benach der Vorlage bereits zugestimmt haben. Ich danke Ihnen, wenn Sie sich den Beschlüssen vom Gemeinderat anschliessen können und den Statuten und dem Zweckverband sowie zur Gründung des Zweckverbandes zustimmen.

Christine Weiss: Die SP findet die Statuten, welche zusammengestellt worden sind, ausgewogen. Insbesondere finde ich wichtig, dass dem Rechnung getragen wird, dass kleine Gemeinden zu Wort kommen, zum Beispiel im Vorstand, wo je ein Vertreter aus jeder Gemeinde dabei ist. Aber grosse Gemeinden, wie Pratteln, auch ein gewichtiges Wort mitreden können. Zum Beispiel, dass sie an der Delegiertenversammlung nach Bevölkerungszahl eine grössere Bedeutung und ein grösseres Mitspracherecht haben, dass beides darin Platz hat. Wenn es um die detaillierte Ausarbeitung geht von der Umsetzung, dann möchte ich, dass vielleicht noch beachtet wird, dass der Teufel oft im Detail steckt, nämlich, dort drin müsste stehen, wenn ein Pratteler aus Platzmangel nach Muttenz oder Birsfelden verlegt würde, die Schriften hier in Pratteln bleiben. Also, dass es ein Umzug und nicht ein Wegzug wird. Im Todesfall ist dies sehr wichtig, zum Beispiel wenn jemand beerdigt werden will hier in Pratteln, weil er immer hier gewohnt hat, aber nachher in einem Altersheim in Muttenz ist, dass dies ohne Probleme gemacht werden kann. Auf solche Sachen müsste dann einfach bei der Umsetzung noch sehr gut geschaut werden.

Petra Ramseier: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen kann dies auch unterstützen. Wir können den Statuten und Gründung von diesem Zweckverband zustimmen. Wir denken, das ist die richtige Form. Ich möchte mich der SP anschliessen. Den Hinweis, welchen sie jetzt noch gemacht haben, können wir sehr unterstützen. Wir denken auch, dass ein sehr wichtiges Element des Ganzen die strategische Ausrichtung ist und die Detailplanung, welche erst noch kommt. Dort ist sicher wichtig, dass man darauf achtet, dass es ausgewogen ist, auch wo welche Plätze angeboten werden können. Da kann man natürlich noch nichts dazu sagen. Wir hoffen, dass dort auch genügend Gewicht daraufgelegt wird.

Sebastian Enders: Ich danke dem Gemeinderat an dieser Stelle für die Ausarbeitung der Vorlage. Schon allein aufgrund des neuen Altersbetreuungs- und Pflegegesetzes sind wir der Meinung, dass dies für die Spitex in Pratteln sinnvoll ist, besonders auch in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Muttenz und Birsfelden. Auch weiter sind wir der Meinung, dass von der momentanen Leitung, welche auch jetzt schon für die Region Birs zuständig ist, es eine gute Ausgangslage ist für den Zusammenschluss von der Spitex. Wir haben allerdings noch zwei Fragen und zwar: Bis jetzt gibt es in Pratteln, Muttenz und Birsfelden eine Infostelle für Altersfragen. Wo wird der zukünftige Sitz sein? Und die zweite Frage: Falls es in Pratteln sein sollte, um wie viele Stellenprozente sich die aktuelle Fachstelle für Altersfragen erhöhen würde. Ich danke im Voraus für die Beantwortung. Wir würden ansonsten den Beschlüssen zustimmen.

GR Marcial Darnuzer: Danke an Christine Weiss: Umzug nicht Wegzug das ist bereits heute schon so. Das wird auch in Zukunft so bleiben und wird sicher auch in der Detailvereinbarung und der Leistungsvereinbarung so enthalten sein. Zum Sitz von diesem Zweckverband: Der Sitz ist noch nicht definiert. Wir sind aber dabei, das Ganze in Pratteln zu offerieren. Wir sind eine Offerte am Zusammenstellen zu handen des Kernteams, welches den Zweckverband nachher organisiert zu handen des Vorstandes und Delegiertenversammlung. Wir sind sicherlich daran und hätten es gerne in Pratteln. Zu den Stellenprozenten: Aktuell haben wir 70 Stellenprozente in der Informations- und Beratungsstelle. Neu sollen es 80 Prozent des Zweckverbandes plus 20 Prozent Leitungsfunktion und Administration. Diese Zahl ist aber noch nicht ganz definitiv. Selbstverständlich gibt es in Birsfelden eine Informations- und Beratungsstelle und in Muttenz sollte es auch eine geben.

Silvio Fareri: Ich vertrete die Haltung eines Teils der FDP-CVP-Fraktion, welche der Vorlage zustimmt. Mit dieser Vorlage soll geltendes Kantonsrecht umgesetzt werden. Vieles ist vom APG schon bereits vorgeschrieben. Grossen Handlungsspielraum haben wir als Einwohnerrat leider nicht mehr. Die Gründung erachten wir als zweckmässig. Sie trägt der Entwicklung Rechnung, dass ähnlich wie im Gesundheitswesen auch, mehr Spezialisierung in der Leis-

tungserbringung stattfindet und nicht jede Gemeinde ein vollumfängliches Angebot aufrechterhalten muss. Wir empfehlen, Zustimmung zu dieser Vorlage.

Dieter Pfirter: Nach diesem positiven Chor noch eine dissidente Stimme. Ich rede für die andere Hälfte von unserer Fraktion. Auch wir sind uns bewusst, dass es bei diesem Geschäft um die Umsetzung eines kantonalen Gesetzes geht und der Gemeinde letztlich keinen Spielraum lässt. Wir sind auch grundsätzlich für eine regionale Zusammenarbeit unter den Gemeinden des Rheintals, für Effizienzsteigerung und den damit verbundenen Kosteneinsparungen in einer Zeit, wo unsere und die meisten anderen Gemeinden rote Zahlen schreiben. In diesem Sinn unterstützen wir auch die Begleit-Anträge der SP. Aber in diesem Fall sind wir nicht überzeugt, dass das Gesetz unserer Gemeinde wirklich Kosten spart und bessere Effizienz bringt. Auch die FDP-Landrats-Fraktion in ihrer Vernehmlassung zu diesem Gesetz hat mehr Bürokratie und letztlich Mehrkosten für die Gemeinden befürchtet, weil grössere Verbände selten effizienter sind als kleinere und Bürgernahe. Vor allem aber finden wir den Preis für die alten Leute, welche ins Altersheim müssen, zu hoch. Der Umzug in ein Heim ist einer der schwersten Schritte im Leben. Wahrscheinlich für die Meisten ist solch ein Heim ein Wartesaal auf den Tod. Der psychische Schmerz und die grosse Einsamkeit in langen Stunden werden ein bisschen gelindert, wenn man im gewohnten Umfeld bleiben kann und ab und zu Leute trifft, welche man kennt und noch im Leben stehen, weil persönlicher Besuch von Verwandten und Freunden haben nicht alle. Und auch für die, welche ins Heim müssen, bleibt ein seltener Lichtblick in einem tristen und langen Wartealltag. Wenn man seine letzten Tage auf der Erde in einer fremden Umgebung verbringen muss und namentlich in Birsfelden und nicht einmal direkte Verkehrsverbindungen zu Pratteln hat, aber zu viele Altersheimplätze, dann ist alles noch viel schwerer. Und gerade für Demenzzranke ist es nachgewiesermassen besonders wichtig, dass sie in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Pratteln hat nicht zu viele Altersheimplätze, im Gegenteil, es bräuchte mittelfristig mehr. Ob wir wirklich Geld sparen, wenn wir unsere Alten nach Birsfelden verfrachten und dort die Altersheime mit unseren Steuergeldern finanzieren, wagen wir zu bezweifeln. Aber wir meinen, dass eine solche Behandlung von unseren alten Mitbürgerinnen und Mitbürger, welche ein Leben lang in Pratteln gelebt und Steuern bezahlt haben, schäbig wäre und viel unnötiges Leid und Leiden verursachen würde. Darum verstehen wir unsere Stimmenthaltung zumindest als grosses Fragezeichen gegenüber dieser neuen kantonalen Gesetzgebung und hoffen, dass auch Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fraktionen mithelfen, so ein Zeichen zu setzen. Es wird das Gesetz nicht ändern, aber wenn sich viele enthalten, wäre es auch für den Gemeinderat einen Hinweis für die Umsetzung von diesem Gesetz im Sinne, dass wir unsere Alten in Pratteln in ihrem gewohnten Umfeld behalten wollen und eine Plazierung ausserhalb der Gemeinde eine seltene Ausnahme bleiben soll.

Petra Ramseier: Ich möchte schnell nachfragen, wenn ich das richtig im Kopf habe, haben wir auch schon zu diesem Thema diskutiert und wenn ich es richtig verstanden habe, geht es bei der Platzierung in anderen Gemeinden vor allem darum, wenn es um spezielle Pflegeplätze geht, welche sehr anspruchsvoll sind und nicht um den allgemeinen, ich meine, den normalen Altersheimplatz. So wie ich es verstanden habe, kann man davon ausgehen, dass man eigentlich in seiner Wohngemeinde bleiben kann. Aber wenn es dann um sehr spezielle Pflegeplätze geht, dass diese zusammengelegt werden und dort dafür um so effizienter und auch qualifizierter betreut werden können.

GR Marcial Darnuzer: Das haben wir auch tatsächlich im Einwohnerrat schon diskutiert. Prattler Einwohnerinnen und Einwohner werden nicht bevormundet, in welches Altersheim sie neu gehen müssen, auch in diesem Zweckverband nicht, sondern das ist lediglich eine Bedarfsabklärung, welche nachher die Information- und Beratungsstelle macht. Eine Zuweisung in ein gewisses Altersheim machen wir nicht, das macht auch der Zweckverband nicht. Also es ist nach wie vor eine freie Wahl von den Altersheimen und Pflegeheimen von der Auswahl, wo man hingehen kann. Bis natürlich auf die speziellen Angebote, welche nicht alle Gemeinden anbieten können. Aber der Regelfall ist so, dass ich wählen kann, wo ich hin will.

Abstimmung

://: 3.1 Die Statuten des Zweckverbandes "APG-Versorgungsregion Rheintal" werden mit 32 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen genehmigt.

://: 3.2 Der Gründung des Zweckverbandes per 1. Juli 2021 wird mit 34 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist:
13. Januar 2021

3. Nr. 3250

Motion, Andreas Moldovanyi, SP, zeitgemässer Nachteilsausgleich für benachteiligte Ratsmitglieder

GP Stephan Burgunder: Für das Anliegen von Andreas Moldovanyi habe ich absolut Verständnis. Leider sind aber die gesetzlichen Voraussetzungen nicht ganz so einfach. Als erstes aber nochmals Motion oder Postulat: Eine Motion ist ein Antrag von Mitgliedern oder Kommissionen, die den Gemeinderat verpflichten möchten, dem Einwohnerrat eine Vorlage zur Änderung oder Ergänzung der Gemeindeordnung oder zur Änderung-Ergänzung oder zum Erlass von einem Reglement oder einen Einwohnerratsbeschluss zu unterbreiten. Der Motionär verlangt hier jetzt die Ausarbeitung von einem Konzept. Richtigerweise wäre es wahrscheinlich eher als Postulat einzuordnen. Als zweites zum Adressaten: Der Motionär möchte den Gemeinderat hier verpflichten. Anstösse zur Änderung respektive zur Überprüfung des Einwohnerratsgeschäftreglement sind an das Büro zu richten. Es handelt sich hier um eine interne Angelegenheit des Einwohnerrats. Der Adressat der Motion muss darum etwas prüfen respektive ändern. Der Adressat von dieser Motion oder eben von diesem Postulat müsste das Büro sein. Drittens der Termin, welcher vorgegeben ist: Die geltende Rechtsgrundlage lässt keine virtuelle Sitzung des Einwohnerrates zu. Der Landrat wird diese Woche über Urnenabstimmungen und Wahlen während der Covid-19 Pandemie beraten. Dieser Gesetzesentwurf sieht vor, dass der Einwohnerrat im Rahmen von digitalen Sitzungen oder auf dem Zirkularweg beschliessen könnte. Das nur, sofern ein physisches Treffen aufgrund des Übertragungsrisikos des Coronavirus nicht verantwortbar erscheint. Diese Regelung wäre befristet bis zum 30. Juni 2021. Achtung: Der Gesetzesentwurf sieht aber keine duale Lösung vor. Die Sitzung soll also entweder für alle physisch oder für alle virtuell stattfinden oder die ganze Sitzung findet hier drinnen statt. Eine Teilnahme von einzelnen Personen via Video ist aus Gründen wie keine Abstimmungs- und Antragsrechte etc. nicht umsetzbar. Der Motionär verlangt einen permanenten Nachteilsausgleich bereits ab der kommenden Einwohnerratssitzung. Die erste, allenfalls auch die zweite Lesung des Landrats, ist frühestens am 16./17. Dezember diese Woche. Nach Genehmigung durch den Landrat gibt es dann je nach Mehrheiten und weiterem Vorgehen eine Referendumsfrist, im schlimmsten Fall dann gar eine Volksabstimmung. Die Abläufe bei den Erlassen mit Fristen müssen eingehalten werden, auch hier. Fazit zusammenfassend von meiner Seite: Für das Anliegen habe ich durchaus Verständnis, die Umsetzbarkeit, vor allem zu diesem Zeitpunkt, ist schwierig. Eine Motion ist wahrscheinlich das falsche Instrument, es wäre eher ein Postulat, weil ein Konzept gefordert ist. Zuständiger Ansprechpartner wäre das Büro und nicht der Gemeinderat.

Andreas Moldovanyi: Vielen Dank für die Beantwortung. Es gibt natürlich Dinge, welche ich nicht gewusst habe wegen Adressaten und so. Das mit der Frist war für mich wichtig, damit man es möglichst schnell umsetzen kann. Es gibt ein Ratsmitglied, welches einfach nicht teilnehmen kann, weil er benachteiligt ist und weil er gefährdet ist. Er kann so seine Wähler nicht vertreten im Rat. Ich glaube, im Nationalrat ist das jetzt durchgekommen, dass einzelne Personen die Sitzungen zuhause verfolgen können und von zuhause aus abstimmen können. Sie können aber an den Diskussionen nicht teilnehmen und das ist innert kürzester Zeit auch möglich gewesen.

Andreas Seiler: Die Fraktion der FDP-CVP lehnt eine Erheblicherklärung der Motion ab. Die Motion hat zwei Stossrichtungen. Bei der einen Stossrichtung geht es ja um die Mobilitätshilfe. Da sehen wir eigentlich keine Notwendigkeit, dass die Gemeinde weitere Verantwortungen oder Lasten oder Aufgaben übernimmt. Denn im letzten Jahr 2019 ist ja der betroffene Einwohnerrat auch regelmässig an die Einwohnerratssitzungen gekommen. Alle Lokaltäten, die Alte Dorfturnhalle und auch das KUSPO sind eigentlich Rollstuhlgängig. Das ist also mal grundsätzlich möglich. Die zweite Stossrichtung, da geht es ja um eine Teilnahme per Videokonferenz. Ich glaube, dieser Punkt ist schon mehrmals bei der Verwaltung angefragt worden und die Antwort war eigentlich, soweit ich das mitbekommen habe, immer die gleiche gewesen und die sehe ich auch so. Das ist durch das kantonale Gesetz geregelt, dass das, Stand heute, nicht geht. GP Stephann Burgunder hat es schon gesagt, dass es im Landrat diese Woche behandelt wird, dass es hier allenfalls eine Lockerung gibt temporär. Wenn das der Fall wäre, könnte das Büro natürlich entscheiden, wie eine Einwohnerratssitzung stattfinden würde, innerhalb der Regeln, welche der Landrat mit den Möglichkeiten vorgibt, aber nicht mehr und nicht weniger. Leider haben wir auf Gemeindeebene bezüglich solcher Dinge wie auch Publikation der Abstimmungsergebnisse keinen eigenen Handlungsspielraum. In diesem Fall ist es vielleicht auch sinnvoll, wenn über alle Gemeinden die gleichen Regeln für Einwohnerräte gelten. Aber grundsätzlich können wir hier auf Gemeindeebene im Moment ja nichts machen. Also, wollen wir das so nicht überweisen und die Regel, welche dann der Landrat aufstellt, werden wir dann sehen und dann kann das Büro entscheiden. Aber es benötigt meiner Meinung nach keine dauerhafte Reglementsänderung des Geschäftsreglements des Einwohnerrates. Es ist ohnehin im Rahmen des kantonalen Gesetzes nicht möglich. Darum empfehlen wir abzulehnen.

Claude Weisskopf: Auch wir von der SVP-Fraktion unterstützen das Ganze nicht und möchten das Ganze als nicht erheblich erklären. Die Vorredner haben bereits alles gesagt. Ich werde mich kurz halten. Das eine ist unser Reglement. Beim Vorgehen ist das Büro zuständig.

Franziska Senn: Wir von der Fraktion der Unabhängigen und Grünen haben die Motion geprüft und sind eigentlich zum Schluss gekommen, dass wir sie überweisen wollen. Und zwar geht es ja nicht nur um den betroffenen Einwohnerrat, welcher die Motion ausgelöst hat, sondern die Gesetze sind für die Menschen da und nicht umgekehrt. Also, man kann gesetzliche Grundlagen durchaus auch einmal ändern, Unterlagen anpassen. Ich meine, das Jahr hat es jetzt gezeigt, es war ein ausserordentliches Jahr. Es sind Sachen geschehen, welche wir heute vor einem Jahr nicht für möglich gehalten hätten. Ich habe etwas recherchiert: Auch in anderen Orten, anderen Kantonen ist man daran, auch Motionen oder Postulate, beides gefunden, einzureichen, um mindestens die technischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen zu prüfen, ob man die allenfalls anpassen könnte. Man kann sich ja schliesslich dann auch für eine Gesetzesänderung einsetzen.

Mauro Pavan: Ich bin nicht sicher, ob das mit dem Nachteilsausgleich tatsächlich im Geschäftsreglement des Einwohnerrates geregelt werden sollte oder ob es dort nicht eventuell sogar eine Änderung der Gemeindeordnung braucht oder ob das in das Reglement für Behördenentschädigung hinein gehört oder ob es dazu vielleicht ein eigenes Reglement braucht. Darum glaube ich, ist eine Motion durchaus der richtige Weg und eine Motion verpflichtet den Gemeinderat ja in nützlicher Frist dem Einwohnerrat eine Vorlage vorzulegen. Die nützliche Frist wäre in diesem Fall sicherlich nachdem der Landrat darüber beschlossen hat, damit man das entsprechend mitberücksichtigen kann. Dann bitte ich den Gemeinderat, sofern die Motion für erheblich erklärt wird, wovon ich im Moment ausgehe, das entsprechend auch so zu handhaben und es dort einzubauen, wo es tatsächlich Sinn macht. Ich bitte euch um Erheblicherklärung der Motion.

Abstimmung

://: Die Motion wird mit 20 Ja- zu 17-Nein Stimmen für erheblich erklärt.

4. Nr. 3251

Motion, Rebecca Moldovanyi, SP, Sitzgelegenheiten

GR Urs Hess: Wir hatten in der Angelegenheit bereits einmal ein Postulat und haben das Postulat hier beantwortet. Es ist abgeschrieben worden. Jetzt kommt im Prinzip die gleiche Forderung noch einmal. Und ich kann Ihnen nochmal etwas dazu sagen. Der Gemeinderat ist der Auffassung, er würde es nochmals als Postulat entgegennehmen. Es hat hier drin Forderungen, bei welchen ich das letzte Mal schon gesagt habe, dass man das nicht umsetzen kann oder fast nicht umsetzbar ist. Es ist nicht so, dass der Gemeinderat hier untätig ist und er schaut auch wo er kann, allenfalls Bänkli hinzustellen. Das hat aber auch noch ein Preisschild muss ich dann auch noch sagen. Aber ich habe es euch das letzte Mal schon gesagt, einfach eine Forderung aufzustellen und sagen ja, bringt jetzt neue Bänkli innerhalb von vier Jahren und zu sagen, wieviel das es gibt. Das ist schön, wenn man sagt, ja der Gemeinderat macht das und in vier Jahren sagt der Gemeinderat, wir haben alles versucht, aber es geht nicht und wir können diesen Platz nicht schaffen. Wir kommen nicht zu diesem Platz. Dann frage ich mich, ist es schlau, wenn man hier eine Motion überweist, welche man nachher erst einmal stehenlassen muss, weil man sie nicht abschreiben kann und weil halt einfach das Umfeld dazu nicht vorhanden ist. Aus diesem Grund bitte ich euch, gebt uns ein Postulat, das nehmen wir als Postulat entgegen. Kommt mit einem Postulat und selbstverständlich sind wir am schauen, wir sind ständig am schauen, wo man allenfalls etwas machen könnte. Aber es ist nicht so einfach. Der Text ist schnell geschrieben, umgesetzt geht ein bisschen länger.

Rebecca Moldovanyi: Ich danke dem Gemeinderat für seine Ausführungen, bin allerdings mit den Schlussfolgerungen gar nicht einverstanden. Die Antwort, aus dieser Motion ein Postulat zu machen, ist meiner Meinung nach schon fast ein bisschen höhnisch. Ich habe im September 2019, wie gerade richtig gesagt worden ist, ein Postulat zum gleichen Thema eingereicht, welches damals abgeschrieben worden ist, mit einer sehr guten Bedarfsanalyse, bei welcher ganz klar herauskam, in Pratteln braucht es sehr viele Sitzgelegenheiten in fast jedem Quartier ausser im Zentrum. Aber trotzdem passiert halt nichts. Ich finde die Analyse, welche der Gemeinderat gemacht hat, ist wirklich eine sehr gute, aber auch erschütternde. Es zeigt, der Bedarf ist wirklich ganz eindeutig da. Und obwohl der Bedarf anerkannt ist, ist halt nicht geplant worden. Die einzig logische Konsequenz ist jetzt, aus dem abgeschriebenen Postulat eine Motion zu machen, damit es nachher auch etwas geben muss. Sitzgelegenheiten und damit die Möglichkeit, Pause zu machen, beispielsweise auf dem Weg zum Einkaufen, ist für viele Personen notwendig, damit sie mobil bleiben können und damit auch unabhängig bleiben. Dadurch erhöht sich die Lebensqualität von den einzelnen Betroffenen. Darüber hinaus spart die Gemeinde aber auch wesentlich an Kosten. Zum Beispiel bei der Beteiligung bei ambulanter und stationärer Betreuung. Eine repräsentative Umfrage von Winterthur ist zum Schluss gekommen, das wichtigste Anliegen der älteren Bevölkerung ist, dass die Stadt für genügend Sitzgelegenheiten sorgt, damit man Pause machen kann beim Laufen. Die Schaffung von Sitzgelegenheiten, welche mindestens der SN-Norm zum hindernisfreien Verkehrsraum entsprechen, ist kein Luxus und eine Aufgabe der Gemeinde. Diese Motion, ich bitte euch, schaut sie gut an, sie verlangt wirklich nicht viel. Es steht übrigens nicht vier Jahre drin, sondern sechs Jahre. Es wird nicht vorgegeben wie viele Sitzplätze, das wird dem Gemeinderat überlassen. Es wird nicht verlangt, überall Sitzplätze zu montieren. Es wird lediglich festgeschrieben, dass wenn kein eigenes Land zur Verfügung steht, dass man wenigstens bei einem Liegenschaftsbesitzer nachfragt. Auch das ist jetzt wirklich keine wahnsinnige Arbeit. Dass bei neuen Bauprojekten vor Baubeginn auch Sitzgelegenheiten beachtet werden, ich glaube, das gehört zur gängigen Praxis, das ist auch toll. Aber damit, dass es halt eben wirklich verpflichtend ist, muss das irgendwo festgehalten werden, damit es nachhaltig bleibt. Und auch, dass eine Kommission für Altersfragen bei solchen Fragestellungen konsultiert wird, halte ich für selbstverständlich, für so etwas haben wir eine solche Kommission. Ausserdem: Bänkli sind nicht nur sehr sinnvoll für Leute mit Geheinschränkungen. Sie sind auch attraktiv für den Ort. Gerade jetzt im Hinblick auf das Schwingfest wäre das eine Möglichkeit, um Pratteln von der besten Seite zu zeigen. Dort unten haben nämlich die einzelnen Geländeteile zwar sehr attraktive Wege, welche miteinander verbunden sind, aber kaum Sitzgelegenheiten. Ein paar Bänkli würden die Gelegenheit schaffen, Pratteln

auch in dieser festlichen Stimmung geniessen zu können und auch zum Verweilen. Eventuell ergibt sich auch ein schönes Projekt in Zusammenarbeit mit der Bürgergemeinde oder mit dem Verschönerungsverein, den könnte man auch noch anfragen.

Erich Schwob: Die SVP hat das diskutiert und wir haben das gut durchgelesen. Wir haben das auch sehr amüsant gefunden, wenn jemand sagt, er möchte gerne Bänkli vor einem fremden Haus. Ich empfehle jedem, er soll mal eine Bank vors Haus stellen. Dann seht ihr nachts, wer dorthin sitzt und Lärm macht. Die SVP wird das Ganze nicht unterstützen. Wenn Rebecca Moldovanyi das umwandelt in ein Postulat dann würden wir es unterstützen, so nicht als Motion.

Dominique Häring: Die Fraktion der FDP-CVP lehnt die Motion ab. Du hast etwas erwähnt, was ich gerne aufgreifen würde. Der Verkehrs- und Verschönerungsverein hat Bänkli gesponsert. Ich mache beliebt, macht doch eine Vereinigung, welche Gelder sammelt, Crowdfunding betreibt, um Geld zu beschaffen. Die Gemeinde Pratteln hat die Finanzen im Moment nicht. Einfach Leute zu schicken, wie Landeigentümer, wie Liegenschaftsverwaltungen beziehungsweise die Besitzer der Liegenschaften anzufragen, würdest du nicht ein Bänkli hinstellen. Also das ist sehr viel Aufwand für einen kleinen Effekt, zumal viel von diesem Landeigentum nicht Gemeindeeigentum ist. Es ist nicht nur die Anschaffung von Bänkli, Schaffung von Sitzgelegenheiten. Der Unterhalt ist ein nächstes Thema und das kostet Geld. Wer soll das nachher bezahlen? Was ist, wenn so etwas kaputtgemacht wird, Vandalismus? Wer bezahlt das nachher? Also der Ersatz müsste dann auch gewährleistet sein. Deswegen lehnt das bitte ab.

Petra Ramseier: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen kann die Motion unterstützen und wir können sie auch überweisen. Wir denken, die Punkte Massnahmenplan erstellen, Liegenschaftsverwaltungen anfragen, im neuen Quartier Bänkli in die Planung aufnehmen und bei Strassensanierungen überprüfen, ob es irgendwo Platz hat, das sind Massnahmen, welche für uns umsetzbar sind.

Kurt Lanz: Petra Ramseier hat es gerade gesagt. Ich mache es ganz kurz. Ich habe das Gefühl, es kommt halt manchmal auch einfach nur darauf an, ob man daran denkt oder nicht. Also wenn ich heute Abend mit dem Velo heimfahre, dann kann ich nochmals beim Kindergarten an der Gartenstrasse vorbeischaun. Dieser Kindergarten ist neu gemacht, dort hätte man Land gehabt, eine kleine Aussparung, ein Bänkli hinzustellen, erledigt. Aber man muss daran denken. Ich weiss, es ist manchmal ein Problem, wenn man an jedes Detail denken muss, aber es kann nicht sein, dass der Rat auf die Idee, dass man Bänkli hat, das die Leute vom Dorf nach Hause laufen und zwischendurch eine Pause machen könnten. Ich wohne im Gehrenacker und ich weiss wie das meiner Mutter ergangen ist, als sie noch halbwegs mobil gewesen ist, wenn sie vom Dorf nach Hause wollte. Sie wäre so froh gewesen, wenn es ein Bänkli gehabt hätte, eben gerade an der Gartenstrasse. Und dort hat die Gemeinde das Land für den Kindergarten wo die Solaranlage immer noch fehlt.

Abstimmung

://: Die Motion wird mit 21 Ja- zu 16 Nein-Stimmen für erheblich erklärt.

5. Nr. 3252

Motion, Andreas Moldovanyi, Optimierung der Hygiene-Massnahmen während der Coronapandemie

GR Stefan Löw: Der Gemeinderat hat Verständnis, dass eine gewisse Unsicherheit besteht wegen der Coronadynamik respektive Pandemiedynamik, dem eigentlichen Ablauf mit diesem Coronaproblem. In der Motion wird einerseits erwähnt, dass man die Bevölkerung mehr informieren soll. Den Anwendungsnachweis soll man ihnen zustellen. Die Dynamik von diesem Coronavirus und dementsprechenden Massnahmen, welche jeweils ergänzt, verändert

und ergriffen werden. Fast wöchentlich verschiebt sich dies in verschiedene Richtungen und selbst auf politischer Ebene sind sie sich auch nicht immer einig, sogar über die Kantons-
grenzen hinaus, wie man dieser Pandemie genau begegnen will. Erlauben Sie mir, hier
schnell ein paar Aufzählungen zu machen, was in dieser Kampagne, welche wir in Pratteln
fahren, alles läuft und geht. Der Gemeindeführungsstab ist sehr intensiv am Arbeiten und ich
kann Ihnen sagen, das ist nicht wöchentlich einmal, nein, das ist täglich, 7 Tage in der Wo-
che und das über mehrere Stunden. Das ist ein permanent dauerndes Thema, seit das GFS
seine Aufgabe wieder aufgenommen hat. Es werden unter anderem Informationskampagnen
in der Grossauflage des Prattler Anzeigers geschaltet. Bei Infokampagnen auf der Gemein-
de-Homepage können Sie auch schauen, wo Massnahmen und Empfehlungen beschrieben
sind. Infokampagne auf Social-Media machen wir auch. Dann Jugendarbeit, Streetworker
sind unterwegs, um die Jungen zu erreichen und sie auf die Verhaltensregeln aufmerksam zu
machen. Sie haben einen näheren Draht dazu. Das Gemeindepersonal und private Bewa-
chungsdienste, welche uns helfen, sind eigentlich auch immer wieder unterwegs und spre-
chen Personen an, kontrollieren Plätze, Strassen und Geschäfte und nehmen weitere Aufga-
ben wahr, zu informieren, wie man sich verhalten soll. Der Zivilschutz hängt Flyer in den Ein-
gangsbereichen von Wohnhäusern auf und das in den jeweiligen Sprachen der Hausbewoh-
ner, welche dort sind, damit sie auch dort nachvollziehen können, wie man der Pandemie
begegnen soll. Es werden Kurzfilme auf GFS-Appell an die Bevölkerung gesendet, wo die
Vorgaben aufgeschaltet sind. Maskenpflicht im Aussenbereich, nebst Schulhäuser, auch im
Grüssen in verschiedenen, Rüti, Gehrenacker, Migros beim Einkauf und auch das wird ge-
fördert und geschaut und teils auch kontrolliert, sofern Kapazitäten vorhanden sind, dass wir
das überhaupt alles auch machen können. Der Sozialdienst informiert ihre Klienten, wie Sie
sich korrekt zu verhalten haben und das auch in der jeweiligen Sprache, damit sie das auch
sicher entgegennehmen können. Die Quartierfreiwilligen-Arbeiten, diese sind Freiwillige, wel-
che ihre Landsleute in diesem Sinne ansprechen und sie kontaktieren und sie informieren,
dass auch hier der Informationsfluss und das Verhalten von diesen Massnahmen entspre-
chend auch von den Hygienevorschriften, dass sie das richtig umsetzen. Es wird telefonisch
eine Kontaktaufnahme mit Migranten in ihrer Sprache gemacht und wir führen wöchentlich
jeweils eine Konferenz durch mit den Altersheimen und Spitex, wo wir uns informieren. Es
gibt da einen gegenseitigen Austausch untereinander und das Ganze wird protokolliert und
so abgelegt. Das sind Massnahmen, welche nicht abschliessend sind. Es würde noch weiter-
gehen und es gäbe noch weitere Dinge, die wir machen. Wie ich schon erwähnt habe, müs-
sen die Massnahmen wöchentlich angepasst werden. Das ist sehr kompliziert und schwierig,
dass wir das wirklich übermitteln und bis es dann bei der Bevölkerung angekommen ist, ha-
ben sich die Massnahmen zum Teil auch wieder verändert. Es muss sich jeder ein bisschen
à jour halten und wenn es zu Gesprächen kommt, hilft euch gegenseitig und unterstützt
euch und begegnet dieser Pandemie alle miteinander. Das ist ganz ein wichtiger Teil. Dann
möchte ich noch kurz auf die Frage eingehen, auf das Begehren, Masken und Desinfekti-
onsmittel von der Gemeinde zur Verfügung stellen. Dazu muss ich einfach sagen, dass es
logistisch eine wahnsinnige Herausforderung wäre, so etwas aufzugleisen. Einerseits die
Verteilung, welche man organisieren müsste. Man müsste das alles registrieren. Es braucht
eine Kontrolle des Bezugs und von der Abgabe. Auch die Lagerung müsste geregelt sein, wo
man das zwischenlagern kann. Und das würde personell und auch vom Platz her sehr enor-
me Ressourcen beanspruchen. Wir können den Zivilschutz für diese Aufgabe nicht einset-
zen, er ist nicht für das zuständig und das dürfen wir so nicht machen. Wir müssten fremde
Mittel nehmen und zur Verfügung stellen und diese dementsprechend auch abgelden. Ich
kann Ihnen nicht sagen, was die Abgeltung alleine für die Logistik kosten würde. Was ich
Ihnen heute Abend sagen kann, was es ungefähr kosten würde: Wenn man zwei Masken pro
Tag für die Bevölkerung pro Person abgeben würde, müsste man monatlich mit mehr als
CHF 100'000 rechnen. Wenn wir gleichzeitig auch noch Desinfektionsmittel abgeben, dass
wären kleine Dosen, diese kosten zur Zeit ungefähr sechs Franken und das würde nochmals
CHF 100'000 kosten. Also müssten wir mit monatlichen Kosten von gegen einer Viertelmillion
rechnen mit dem Personal sehr wahrscheinlich noch viel viel höher. Die Berechnung der
Masken beruht auf ganz tiefen Zahlen, der Einkauf ist ganz günstig. Wir haben das Geld im
Budget nicht vorgesehen und ich wüsste nicht, wie wir das einfach so frei beschaffen könn-
ten. Ich möchte Ihnen darum empfehlen, die Motion, so wie sie jetzt eingereicht wurde,
möchte der Gemeinderat nicht entgegennehmen.

Andreas Moldovanyi: Danke für die Beantwortung von dieser Motion oder diese Stellungnahme. Es geht darum, das was da am Schluss gesagt wurde, ist ein sogenanntes "willingness to pay". Was sind wir bereit, für die Sicherheit zu bezahlen, was ist uns ein Menschenleben wert. Wir haben im Moment die Situation, dass in der Schweiz zwischen 80 und 100 Menschen sterben an Covid. Das ist so alle zwei bis drei Tage ein kleineres Verkehrsflugzeug, welches abstürzt. Man muss sich das vorstellen, das sind 10, 12, 14 Verkehrsflugzeuge, welche pro Monat abstürzen und wer würde noch in ein solches Verkehrsflugzeug einsteigen auch wenn es von diesen natürlich mehr gibt, als nur diejenigen, welche abstürzen. "Willingness pay" ist natürlich etwas, was für uns sehr abstrakt ist, weil die meisten von uns nicht persönlich betroffen sind. Sobald man betroffen ist, dann ist man bereit, mehr zu bezahlen, etwa wenn wir irgendwie hören, dass in Südamerika in einem Bergwerk 20 Kumpels zugeschüttet sind, dann wären wir nicht bereit, CHF 2 Milliarden dort runter zu schicken, um sie zu befreien. Wüssten wir aber, wer dort alles drin ist, wenn Angehörige gefilmt, interviewt werden, wird die Bevölkerung sensibilisiert mit den Leuten, man macht sie vertraut mit den Schicksalen dort und dann plötzlich werden zwei Milliarden ausgegeben. Jetzt müsste man noch sagen wegen den Zahlen: Klar, Pratteln ist nicht eine riesige Gemeinde. Wir müssen nicht 80 Leute pro Tag zu Grabe tragen, aber wir sind ein Hotspot. Wenn man das anschaut, die Inzidenz von den letzten 14 Tagen sind das über 800 also deutlich mehr als dort wo Baselstadt das Teillockdown verfügt hat. Deutschland hat heute ziemlich vollständige Lockdowns gemacht ausser für Schweizer Einkaufstouristen. Man könnte dorthin, um sich vielleicht gegenseitig anzustecken. Aber sie haben halb so hohe Zahlen, Ansteckungszahlen, 14-Tages und 7-Tages sind es, und haben halb so hohe Todesraten und dennoch haben sie den Lockdown verfügt. Klar, es ist logistisch eine Challenge etwas zu tun. Es gibt da verschiedene Möglichkeiten. Erstens glaube ich nicht, dass jede Person so etwas in Anspruch nehmen wird. Es werden immer Leute sagen, ich bezahle es selbst. Zweitens kann man Unterstützung anfordern beispielsweise auch von der Armee. Könnte man einmal ausprobieren, wenn es nicht vom Zivilschutz ist. Die Möglichkeiten sind eigentlich relativ weit. Man kann die Apotheken beauftragen, man kann gewisse Läden beauftragen. Das sind einmal die Massnahmen. Dann die Leute besser informieren, wie man eine Maske trägt und wie häufig man die Maske wechseln muss, das ist natürlich etwas, was eminent wichtig ist, weil wenn man in der Migros ist und beim Gemüsestand jeder das Gemüse ergreift und einpackt, dann kommt man sich nahe und dann sind die Aerosole natürlich genau das, was die Übertragung macht. Es ist nicht so, dass wir immer Abstandhalten können und wegen dem ist es wichtig, die Maske a) richtig anzuziehen, b) genügend häufig zu wechseln. Richtig anziehen heisst, dass wir das genau angepasst, das erläutere ich nicht weiter, man hat das vorher gesehen bei einzelnen Rednern, welche das einfach nicht gekonnt haben. Bei denen rutschte die Maske runter und sie haben sie wieder heraufgeschoben, sie haben die Maske angefasst, mit dem wird die Maske unwirksam. Das ist eine relativ einfache Massnahme, diese Maske und es darf uns nicht zu schade sein, die Maske zu verteilen an diejenigen, welche das haben wollen. Ich habe in meiner Praxis immer Masken und pro Tag gehen 50 Masken weg. Das ist natürlich nur ein Bruchteil, weil zum Glück nicht alle Leute in eine psychiatrische Praxis kommen. Ich bitte euch, die Motion als erheblich zu erklären.

Sebastian Enders: Ich danke GR Stefan Löw für sein Statement zu dieser Motion. In den Augen der SVP-Fraktion ist eine Motion hier ganz klar die falsche Methode. Das ist ein Brecheisen, welches man hier einsetzen will, obwohl ein Postulat es vielleicht auch getan hätte und wo man erstmal die Meinung des Gemeinderates abholen kann. Zu den Zahlen, welche Andreas Moldovanyi angeführt hat, bin ich der Meinung, dass die absolut unrealistisch sind. Wenn man das einmal durchrechnet und wenn man die Masken ein wenig clever einkaufen geht, gibt es ein 50er Pack etwa für CHF 10 in einem ganz gewöhnlichen Laden. Das heisst, wenn man das herunter rechnet und man braucht tatsächlich diese zwei bis drei Masken pro Person und Tag, sind das etwa zwei bis drei Franken pro Tag, wo man aufwenden muss. Das ist ein bisschen mehr als ein Schoggistängeli und vielleicht noch etwas zum Trinken im Coop Pronto. Firmen stellen in der Regel Produkte, das heisst Desinfektionsmittel oder auch Masken, zur Verfügung. Ich arbeite in einem Generalunternehmen. Wir haben sehr viele Firmen auf der Baustelle und ich kenne keine einzige Firma, welche ihren Mitarbeitern dieses Zeug nicht zur Verfügung stellt. Das heisst, man braucht im Alltag wahrscheinlich

weniger Masken aus der eigenen Kasse. Der dritte und beziehungsweise auch der vierte Punkt: Wer heutzutage noch nicht verstanden hat, wie man eine Maske richtig anzieht, glaube ich nicht, dass dies Sache von der Gemeinde Pratteln oder vom BAG ist, welche hier schuld sind, sondern das ist einfach Eigenverantwortung. Und wer sie nicht richtig anziehen will, dem bringt man es auch nicht bei, wenn die Gemeinde Pratteln eine Informationskampagne macht. Die Schweiz hat Massnahmen ergriffen, welche im Vergleich mit den anderen Ländern human sind. Also das heisst, uns geht es eigentlich noch ziemlich gut, oder? Wir setzen auf Eigenverantwortung, haben immer auf Eigenverantwortung gesetzt, während andere Länder ihre Leute daheim eingeschlossen haben und man nicht einmal mehr vor die Türe durfte. Also bin ich der Meinung, dass man hier ganz klar sagen kann, das kann man jetzt aus dem eigenen Sack bewältigen, weil es jeden angeht und nicht nur die Gemeinde dies finanziell tragen muss.

Gerold Stadler: Wir von der Fraktion der Unabhängigen und Grünen finden es falsch, dass es eine Motion ist. Prinzipiell die Idee, welche dahintersteckt, Information, die ist immer nötig. Steter Tropfen höhlt den Stein. Ich sage das immer wieder und wenn nur einer mehr das weiss wie man es macht, ist Information gut. Wo wir uns ein wenig daran stören, ist eigentlich das flächendeckende Ausgeben von Masken und Desinfektionsmittel. Das ist doch ein wenig das Giesskannenprinzip. Ich glaube wirklich, dass es ganz viele oder wirklich die grösste Mehrheit der Gemeinde, die Mitglieder in Pratteln, das finanzieren und organisieren können, sei das eben durch die Arbeitgeber, sei das ein kleiner Teil, welchen man selber kaufen muss und das glaube ich, das kann so nicht funktionieren. Daher würden wir vorschlagen, dass man hier wirklich ein Postulat daraus macht und da der Gemeinderat prüft, wo und wer von den Menschen, welche in Pratteln leben, wirklich Anspruch haben und wirklich auch Gratis-Masken und Gratis-Desinfektionsmittel benötigt. Ich glaube, da gibt es wirklich Leute, welche sich auch kein Schoggistängeli leisten oder leisten können, welche vielleicht wirklich froh sind, wenn sie die Maske erhalten. Da gibt es sicher Möglichkeiten, über Lebensmittel-Ausgaben, wo Menschen, welche schon Lebensmittelausgabeteilnehmer sind, dass sie vielleicht dort die Masken beziehen könnten. Irgendsoetwas ist wichtig und sollte gemacht werden. Aber ich glaube so wie es in der Motion steht, funktioniert das nicht.

Andreas Moldovanyi: Ich wandle es in ein Postulat um.

Silvia Lerch: Wir von der Fraktion FDP-CVP sind zum Schluss gekommen, dass wir die Motion, in diesem Fall das Postulat, aus diversen Gründen ablehnen: Es geht einen Schritt zu weit, das flächendeckend zu machen, wie meine Vorredner auch schon gesagt haben. Es gibt schulpflichtige Kinder, welche Masken tragen müssen, das Alter haben. Die werden gratis abgegeben. Die jüngeren Kinder brauchen sie ja nicht für sie müsste man diese nicht kaufen. Von dem her habe ich das Gefühl, ist die Schätzung wohl eher zu hoch. Da könnte man günstiger einkaufen. Die Gemeinde lanciert Kampagnen, wie wir gehört haben, sie machen viel, auch vom Kanton. Es gibt mehrsprachige Blätter überall und ich habe auch das Gefühl, dass es vielmals an der Umsetzung liegt, dass es nicht unbedingt das Wissen ist, was fehlt, sondern einfach "es ist mir egal" weil "es interessiert mich nicht", "es geht nicht mich an, sondern die andern" und das ist die Einstellung, welche bei gewissen Leuten fehlt. Die Masken flächendeckend gratis an alle Bewohner zu verteilen, habe ich persönlich das Gefühl, würde unnötiges hamstern verursachen. Da gehen Leute profitieren, welche überhaupt nicht von dem Gebrauch machen sollten. Das finde ich eigentlich unnötig und schade. Dann haben wir noch das Littering, wo ich finde, ist jetzt schon ein Thema, dass überall Masken am Boden liegen. Wenn man sie einfach gratis herausgibt, würde das denn auch verstärkt werden. Darum sind wir für Ablehnung von diesem Postulat.

GR Stefan Löw: Eine kurze Erläuterung, betreffend den Einsatz von Armee oder Zivildienst. Die Armee können wir für so eine Aufgabe nicht wahrnehmen, es sei denn, wir können sie selber nicht mehr auf die Beine stellen. Der Zivildienst ist sowieso eine andere Schiene auf Bundesebene. Wir können allenfalls im Zivilschutz dann noch etwas machen, aber mit der Armee, obwohl sie Kontingente gesprochen haben, aber für das würden wir das nicht bekommen. Dann zu Gerold Stadler: Wir würden hier Hand bieten, haben bis jetzt aber noch keine Anfrage vom Sozialdienst erhalten. Aber wenn das natürlich kommt und wir von dort

eine Anfrage bekommen, dann schauen wir genau und prüfen das, ob die berechtigte Forderung im Raum steht und dann ist ganz klar, würden wir auch die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, damit sich diese Personen schützen können und nicht schutzlos herumlaufen müssen. Das ist eine Aufgabe der Gemeinde, welche wir sicher wahrnehmen. Das machen wir jetzt schon, wenn es eine Anfrage oder eine Forderung gäbe. Bis jetzt hatten wir aber noch keine solche Nachfrage aus dem Sozialdienst. Der Gemeinderat ist bereit, dies als Postulat entgegenzunehmen und eben auf dieser Basis, welche ich jetzt gesagt habe, zu prüfen und schauen, dass niemand zwischen Stuhl und Bank fällt.

Dieter Pfirter: Ich war letzte Woche beruflich in Ägypten. Das Bruttosozialprodukt beträgt dort pro Kopf CHF 2'800 im Jahr. Das ist ein Dreissigstel von dem, was wir in der Schweiz haben. Die Masken werden auch in China gekauft, wie unsere auch, sind aber nicht viel billiger. Es haben praktisch alle Leute eine Maske an auf der Strasse, sehr viel mehr als in der Schweiz. Ich weiss aus familiären Beziehungen, dass in Brasilien das Gleiche gilt. Im Lidl kosten Masken 18 Rappen. Es ist sicher nicht eine Geldfrage, dass in der Schweiz sich Leute keine Maske leisten können, es ist eine Einstellungsfrage und wie man sie anzieht. Ich glaube auch, wenn wir sie einfach grosszügig verteilen, dass dann weniger sorgfältig damit umgegangen wird und sicher nicht sorgfältiger. Ich muss jetzt nicht noch viel länger werden. Aber ich habe mich einfach motiviert gefühlt, das noch zu sagen, aufgrund von meinen persönlichen Erfahrungen in den letzten Wochen.

Mauro Pavan: Ich störe mich ein wenig daran, dass die ganze Dauer davon gesprochen wird, dass der Motionär die Maske flächendeckend abgeben will. Ich lese das gar nicht so in dieser Motion sondern was ich lese, ist, dass den Bewohnern in Erinnerung gerufen werden soll, dass man sie gegebenenfalls auch gratis beziehen könnte, damit es eben für niemanden eine Kostenfrage sein muss und der Gemeinderat hat auch schon gesagt, dass das bereits gemacht werde und es freut mich sehr, dass der Gemeinderat die Motion als Postulat entgegennehmen möchte. Der Motionär hat sie in der Zwischenzeit in ein Postulat umgewandelt und dann finde ich es schade, dass die FDP sich nicht mal dazu durchringen kann, das Postulat zu überweisen, damit der Gemeinderat die Möglichkeit bekommt zu prüfen, ob es vielleicht noch einen zusätzlichen Bedarf irgendwo gibt. Der Motionär schreibt, dass man gegebenenfalls Gutscheine beilegen könnte bei solchen Informationensschreiben, um Masken oder Desinfektionsmittel gratis zu beziehen. Mit einem Postulat bekäme der Gemeinderat genau die Möglichkeit zu überprüfen, ob das Sinn machen würde. Ich bitte euch darum, das Postulat zu überweisen.

Abstimmung

://: Das Postulat wird mit 18 Ja- zu 16 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen an den Gemeinderat überwiesen.

Urs Baumann: Heute verlassen uns zwei verdiente Mitglieder. Als erstes möchte ich gerne Franziska Senn verabschieden. Sie ist am 28. August 2017 in den Einwohnerrat eingetreten und verlässt uns leider per 31. Dezember 2020. Franziska bekommt selbstverständlich einen Blumenstrauss.

Das zweite Mitglied, welcher das letzte Mal hier ist, ist Christoph Pfirter. Er ist am 1. Juli 2004 in den Einwohnerrat eingetreten und verlässt uns leider auch auf den 31. Dezember 2020. Christoph Pfirter hat uns mitgeteilt, dass er aber gerne auf Blumen verzichtet und auf den Wein auch. Ich wünsche Christoph und Franziska für die Zukunft alles Gute und ich hoffe und denke, dass wir uns bei anderer Gelegenheit sicher wieder einmal sehen werden und vielleicht auch gemütlich zusammensitzen können. (Applaus)

Jetzt möchte ich mich noch bedanken. Als erstes möchte ich mich gerne bei Sandra Meier und ihrem Team bedanken für die Pralines, welche wir bekommen haben von der Firma Finkbeiner, das ist eine ganz schöne Geste, weil wir sonst auf alles verzichten müssen. Dann möchte ich mich noch persönlich beim Rat bedanken für die konstruktive und die angenehme Mitarbeit, welche ich bis jetzt erfahren habe als Präsident. Ich wünsche euch und euren Fa-

milien schöne Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr und dass das Jahr 2021 besser wird als 2020.

Die Sitzung wird um 21.30 Uhr beendet.

Pratteln, 12. Januar 2021

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Urs Baumann

Ulrike Schmid